



An die
Oberbürgermeisterin der Stadt Köln
Henriette Reker
Rathaus (Historisches Rathaus)

50667 Köln

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnspd.de

web www.koelnspd.de

Köln, den 29.07.2020

Antrag auf Einberufung einer Sondersitzung des Hauptausschusses gemäß § 34 Abs. 5 Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln (GeschO)

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Vorsitzende des Hauptausschusses,

die SPD-Fraktion beantragt hiermit gemäß § 34 Abs. 5 GeschO des Rates die unverzügliche Einberufung des Hauptausschusses zu einer Sondersitzung.

Einzigster Tagesordnungspunkt:

Tragfähige Konzepte für ein sicheres Kölner Nachtleben in Corona-Zeiten statt Räumungen und Kneipensterben

Seit ein paar Wochen steigen die Corona-Infektionszahlen auch in Köln wieder an. Zwar wird in der Presse zurzeit Entwarnung gegeben, dass in Deutschland noch keine zweite Welle der Corona-Pandemie drohe, aber dies bedeutet nicht, dass es in einzelnen Kommunen nicht doch zu plötzlichen Ausbrüchen kommen kann, wie die vergangenen Wochen gezeigt haben. Die Pandemie ist leider noch lange nicht vorbei. Global gesehen steigt die Zahl der Neuinfektionen exponentiell weiter an. Einige Länder haben immer noch nicht den Höhepunkt der ersten Welle erreicht und müssen viele Erkrankte und Todesopfer beklagen. In Deutschland sind wir zum Glück bisher glimpflich davongekommen. Wir müssen daher einerseits dafür sorgen, dass das so bleibt, und gleichzeitig die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Corona-Krise im Auge behalten sowie Lösungen schaffen.

Insbesondere an den Wochenenden erleben wir, dass immer mehr Menschen nach dem langen „Shutdown“ und den nunmehr erfolgten Öffnungen von Restaurants, Kneipen und Kiosken auch in den späteren Abendstunden zusammenstehen und sich draußen treffen möchten. Dieses Bedürfnis ist verständlich, darf aber nicht zur Gefährdung Dritter führen. Viele Gastronom*innen haben mit Corona-bedingten wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen oder stehen sogar vor dem wirtschaftlichen Aus. Ein weiterer, ggf. örtlicher Lockdown wäre für diese Branche insgesamt der Todesstoß.

Es ist deshalb wichtig, dass die Stadtverwaltung endlich ein Gesamtkonzept erstellt, dessen Maßnahmen geeignet sind, dieser Gefahr aktiv entgegenzuwirken. Folgende – teilweise bereits in anderen Städten bereits erprobte – Maßnahmen könnten Teil eines solchen Konzeptes sein: Gastronomie-Gutscheine, Aufklärungsarbeit durch Gesundheits- und Ordnungsamt, Einsatz von Nachtbürgermeister*innen, Pop-up-Biergärten, betrieben durch am Ort ansässige Gastronomen, Dezentralisierung von Treffpunkten, Open-Air-Events oder Vereinsfeste unter Gastronomie-ähnlichen Bedingungen, unbürokratische Ausweitung der Außengastronomie, z. B. indem Straßenflächen für Außengastronomie bereitgestellt und die Straßen dafür gesperrt werden, etc. Der Presse ist jedoch zu entnehmen, dass die Stadtverwaltung nicht an einem solchen von der Oberbürgermeisterin im letzten Hauptausschuss am 13.07.2020 zugesagten Konzept arbeiten möchte, sondern die Verantwortung auf die Gastronom*innen abwälzt. Laut Kölnischer Rundschau vom 28.07.2020 erklärte die Stadtverwaltung, dass sich die Gastronom*innen mit ihren Ideen an die Stadt wenden könnten. Dann werde geprüft, ob z. B. ein beantragter Biergarten möglich sei. Dabei stellt sich die bisherige Verwaltungspraxis völlig anders dar: Im Falle der Schaaferstraße genehmigte die Stadtverwaltung zuletzt trotz Vorliegen eines umfangreichen Hygienekonzepts keinen Biergarten, sondern ließ die Straße sogar mehrfach räumen, um damit die Situation auf den Gehwegen erst richtig zu verschärfen. Dieses Vorgehen stößt bei allen Beteiligten auf völliges Unverständnis, erhöht das Risiko eines Corona-Ausbruchs und führt somit sogar zu weniger Sicherheit! Anstatt also die Gastronom*innen und Arbeitnehmer*innen in den schweren Corona-Zeiten zu unterstützen und zu entlasten, werden diesen Menschen durch die Stadtverwaltung noch mehr Steine in den Weg gelegt. Deshalb fordert die SPD-Fraktion die Stadtverwaltung auf, gemeinsam mit den Wirt*innen, Clubbetreiber*innen und Anwohner*innen Ideen für ein sicheres Nachtleben zu entwickeln, um einem lokalen Lockdown vorzubeugen!

Über diese Situation und die daraus politisch wie verwaltungstechnisch abzuleitenden Maßnahmen soll der Hauptausschuss in der hier beantragten Sitzung beraten.

Eine Sondersitzung des Hauptausschusses ist zudem insofern dringlich, als die seit dem 15. Juli 2020 gültige Fassung der Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Corona-Virus SARS-CoV-2 (Coronaschutzverordnung – CoronaSchVO) am 11. August 2020 außer Kraft tritt, sodass jetzt auf eine zielorientierte und praktikable Folgeregelung bei bestmöglichem Infektionsschutz hingewirkt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Rafael Struwe
SPD-Fraktionsgeschäftsführer